



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Hans Jaax
MdL

Vorsitzender
des Verkehrsausschusses

29.09.1992

4000 Düsseldorf, den
Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43
Tel. (0211) 8840 Durchwahl 884 - 2489

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Städtebau und Wohnungswesen
Herrn Volkmar Schultz MdL

im Hause



Sehr geehrter Herr Kollege,

der Verkehrsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 24. September 1992 abschließend mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung "Viertes Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung" - Drucksache 11/3928 - befaßt und dabei mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. und die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. In der Diskussion machten die Vertreter der Fraktionen nochmals ihre Positionen deutlich. Dabei betonte ein Sprecher der SPD-Fraktion, daß aus Gründen der Praktikabilität die Frage der Fahrradabstellplätze nicht so geregelt werden könne, wie sie in einem ursprünglichen Entwurf enthalten sei. Einzelheiten dazu ergäben sich aus der Vorlage 11/1538 der Ministerin für Bauen und Wohnen. Insgesamt gesehen gelte es festzuhalten, daß man dem Ziel durchaus zustimme, Abstellmöglichkeiten für Fahrräder über das nun gefundene Instrumentarium sicherzustellen.

Für die Fraktion DIE GRÜNEN erklärte deren Sprecherin, daß man im Hinblick auf die weggefallene Verpflichtung, Abstellplätze für Fahrräder zu schaffen, einen Teil des Öko-Verbundes aufgeben. Sie verstehe durchaus die Hinweise in der Vorlage der Ministerin für Bauen und Wohnen, könne aber dennoch dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung so nicht zustimmen und werde im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen ihren bereits eingebrachten Änderungsantrag zur Abstimmung stellen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion betonte, seine Fraktion sei im Zweifel für die kommunale Selbstverwaltung. Er teile die Bedenken der Ministerin und seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen.

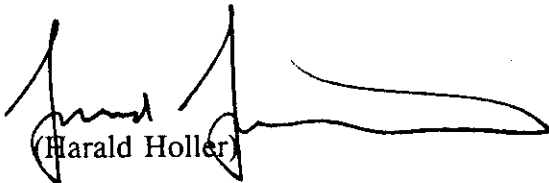
Demgegenüber betonte die Sprecherin der Fraktion der F.D.P., daß ihre Fraktion bereits bei der ersten Lesung im Plenum die Bedenken vorgebracht habe, wonach ein Verzicht auf Stellplätze auf Dauer nicht praktikabel sein könne. Deshalb lehne sie den Entwurf ab.

Sehr geehrter Herr Kollege, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Mitglieder Ihres Ausschusses vom Beratungsergebnis des Verkehrsausschusses in Kenntnis setzen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans Jaax

F. d. R.



(Harald Holler)

Ausschußassistent